



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Der Wahlkampf in Österreich

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Der Wahlkampf in Österreich



Als Ministerpräsident Körber vor der tschechischen Obstruktion die Segel strich und den Reichsrat auflöste, wußte niemand, warum er die nach dem Zerfall der slawisch-feudal-kerikalen Rechten mit großer Mühe zustande gebrachte Arbeitsmajorität kampflos preisgegeben habe, und worauf er die Hoffnung stütze, durch Neuwahlen ein arbeitsfähigeres Parlament zu erreichen. Hat er damals, wie man annehmen mußte, einen geheimen Plan gehabt, so kann sich bis jetzt noch niemand seiner Enthüllung erfreuen oder rühmen. Sollte er aber den Tschechen nur für das Versprechen, nach der Neuwahl die Obstruktion aufzugeben, den hohen Preis der Auflösung gezahlt haben, der die Tschechen zu Siegern zu machen scheint, so hat er alle Ursache, seine Vertrauensseligkeit, um nicht zu sagen Leichtgläubigkeit, bitter zu bereuen. Denn trotz der schweren Bedenken, die in den denkenden Kreisen des tschechischen Volks über die Zweckmäßigkeit der jungtschechischen Taktik im Reichsrate aufgestiegen und schon sehr laut geäußert worden sind, scheint die politische Leidenschaft noch immer bei der Forderung zu beharren, die staatsrechtlichen und nationalen Ansprüche durch Fortsetzung der Obstruktion zu erzwingen. Das deutlichste Anzeichen hierfür ist der Entschluß des bisherigen Obmanns des Jungtschechenklubs Dr. Engel, kein Mandat mehr anzunehmen. Er hatte sich auch früher nur der obstruktionslustigen Mehrheit seiner Klubgenossen gefügt, sieht aber nun, daß er auch bei der neuen Tagung mit seiner gemäßigtern Anschauung nicht durchdringen wird. Die Möglichkeit, im Sinne einer solchen zu handeln, haben sich allerdings fast alle Kandidaten vorsichtigerweise offen gelassen, und von hervorragenden Persönlichkeiten unter ihnen ist es sehr entschieden hervorgehoben worden, daß es die größte Unklugheit wäre, den künftigen Abgeordneten von vornherein eine bestimmte parlamentarische Taktik vorschreiben zu wollen. Das bietet aber weder dem Ministerium noch den Freunden der bestehenden Verfassung die Gewähr einer ungeführten Thätigkeit der Volksvertretung.

Ministerpräsident Körber hatte die Hoffnung gehegt, wenigstens den Industriellentag, als die Vertretung eines Standes, der zuerst von dem Daniederliegen der wirtschaftlichen Verhältnisse betroffen wird, zu einer feierlichen Beurteilung der Obstruktion zu bestimmen. Aber auch in dieser zwar national gemischten, aber doch vorwiegend deutschen Gesellschaft von Männern des Erwerbslebens war das Gefühl der Gemeinbürgschaft stark genug, die Berechtigung der letzten Waffe zur Abwehr von Vergewaltigungen nicht von sich zu weisen. Seitdem hat das Kabinett sorgfältig vermieden, in dem nun schon lebhaft entbrannten Wahlkampf irgendwie Farbe zu bekennen.

Auch die Erkenntnis, daß ein in der bisherigen Weise zusammengesetzter Reichstag ebenso wenig eine fruchtbringende Thätigkeit erwarten lasse, wie sein Vorgänger, hat die Parteien nicht dazu vermocht, von ihren alten Schlagworten abzulassen. Allerdings hat sich aber in manchen Wählerkreisen ein Umschwung der Meinungen vollzogen, der zu fühlbaren Verschiebungen im Besitzstande der Parlamentsgruppen führen muß.

Vor allem hat ein Teil der klerikalen Wählerschaft endlich doch sein deutsches Herz entdeckt und gegen das vollpreisgeberische Zusammengeh'n der katholischen Volkspartei mit den Tschechen, Polen, Slowenen und Ruthenen Protest erhoben. Das hat zunächst der feinste Kopf der Partei, Baron Dipauli, zu spüren bekommen, von dem ein großer Teil der südtirolischen deutschen Wähler nichts mehr wissen will. Nur dem energischsten Eintreten der Bischöfe wird es der gewesene Handelsminister des Ministeriums Thun zu verdanken haben, wenn er über seinen unter christlich-sozialer Flagge segelnden, also immerhin wenigstens äußerlich der deutschen Gemeinbürgerschaft angehörenden Mitbewerber doch noch den Sieg davontragen sollte. Ähnlich steht die Sache im nordtirolischen Städtebezirk. In Salzburg ist das Mandat des klerikalen Führers Fuchs und noch des einen oder des andern seiner Parteigenossen stark bedroht. Die katholische Volkspartei ist nun ernstlich davor gewarnt, noch einmal eine so deutschfeindliche Politik zu verfolgen wie bisher. Nur in den oberösterreichischen Landbezirken steht sie fest.

Das Umsichgreifen der deutschen Bewegung wird auch den Sozialdemokraten einige Mandate kosten. Die Wahlmännerwahlen in Böhmen für die ländliche und für die fünfte allgemeine Kurie haben den radikalen Deutschvölkischen in Nordwestböhmen eine starke Majorität gebracht. Diesemal haben auch die Deutschfortschrittlichen, die vor vier Jahren noch vielfach für die Sozialdemokraten gestimmt hatten, zu Gunsten der Nationalen den Ausschlag gegeben, obwohl sie selbst von radikaler Seite in den nicht von Tschechen bedrohten Bezirken mit bedauerlicher Schonungslosigkeit bekämpft werden und allem Anschein nach eine Anzahl von Mandaten verlieren werden. Einen oder den andern Bezirk kann die Fortschrittspartei allerdings auch erobern, nachdem sie die Wahrheit des Satzes hat einsehen lernen, daß der Angriff die beste Verteidigung ist. Da aber an den meisten Orten bei den Wahlmännerwahlen alle Parteien, also in Böhmen auch die Tschechen, die Sozialdemokraten, die Deutschvölkischen und die Christlich-Sozialen Zählkandidaten aufstellen, so werden zur endgültigen Entscheidung sehr viele Stichwahlen notwendig werden.

In Mähren dürfen sich die Deutschen den Luxus der Stimmenzersplitterung nicht erlauben. Durch das Zusammengeh'n aller Schattierungen hoffen sie den einen und den andern der ihnen bei der letzten Wahl von den Tschechen entrissenen Wahlbezirke, insbesondere den Olmütz-Praschnitz zurück zu erobern. Mit welcher Leidenschaft der nationale Kampf geführt wird, ergiebt sich aus der Thatsache, daß die Deutschen in Praschnitz 1500 Reklamationen gegen die von der tschechischen Gemeindeverwaltung auf das parteiichste angefertigten Wahllisten zu erheben gezwungen waren.

Das höchste an unverfrorener Parteilichkeit haben übrigens bei der Anlegung der Wählerlisten die Wiener Christlich-Sozialen geleistet, wie sich wenig Tage vor dem Ablauf der Reklamationsfrist, bei der absichtlich verzögerten amtlichen Versendung der Listen zeigte. Tausende von jüdischen und sozialdemokratischen Wahlberechtigten sind unter den wichtigsten Vorwänden ausgelassen worden. Die wiederholt und beizeiten an den Statthalter und an den Ministerpräsidenten gerichteten Notschreie der Fortschrittlichen und der Sozialdemokraten sind wirkungslos verhallt. Dr. Queger hat zwar versucht, im Gemeinderate der Beschuldigung entgegenzutreten, daß die Konstriktion der Wähler durch Beamte der Gemeinde und ihnen beigegebene „Hilfskräfte,“ die sich als waschechte christlich-soziale Agitatoren entpuppten, nicht in korrekter Weise erfolgt sei, aber seiner Behauptung steht ein erdrückendes Beweismaterial gegenüber. Inwieweit die Berichtigung und die Ergänzung der Wahllisten die Aussichten der Parteien mit ihrem wirklichen Stärkeverhältnis in Einklang bringen wird, läßt sich nicht voraussagen. Nicht unerwähnt

darf bleiben, daß freilich auch die deutschfortschrittlichen, deutschnationalen und deutschradikalsten Gemeindevorstände und Arbeitgeber von den Sozialdemokraten angeklagt werden, unzulässige Zwangsmaßregeln und Kniffe zur Vermehrung der Wahlstimmen der bürgerlichen Parteien angewandt zu haben. In mehreren Orten in Böhmen und auch in Kältern, dem Wohnorte des südtirolischen Glaubensstreiters Baron Dipauli, hat eine Ungültigkeitserklärung und neue Anordnung der Wahlmännerwahlen wegen Wahlmißbräuchen der Behörden geschehn müssen.

In Wien wird der Kampf ausschließlich zwischen den verbündeten Fortschrittsparteien, die Sozialdemokraten eingeschlossen, und dem mit dem Antisemitismus verbündeten Klerikalismus geführt. Nicht einmal die Wiener Tschechen stellen Kandidaten auf. Ähnlich gestaltet sich übrigens die Parteigruppierung auch in den niederösterreichischen Städten und Landgemeinden, in denen der Name Dr. Luegers schon sehr viel von seinem frühern Zauber verloren hat.

Das Verhalten der Großgrundbesitzerkurie ist in den verschiedenen Provinzen verschieden. In Niederösterreich wird das Wahlkompromiß zwischen Verfassungstreuen und Konservativen nicht erneuert, wohl aber in Mähren und voraussichtlich auch in Böhmen. In Tirol ist das bisherige Bündnis der liberalen Deutschen mit den liberalen Italienern gelöst worden, und eine Vereinbarung zwischen den liberalen und klerikalen Deutschen getroffen worden.

Sehr interessant gestalten sich die Wahlverhältnisse in Galizien, wo die polnische Schlachta den Boden unter ihren Füßen wanken fühlt. Die polnische Volkspartei und die bäuerlichen Agrarier bekämpfen auf das schärfste die adliche Mißwirtschaft und wollen nichts mehr von der Disziplin des Polenklubs wissen. Die maßgebenden Führer verkünden freilich, daß nur auf der Einheit der „polnischen Delegation“ und auf ihrem vollen Einverständnis mit der Landtagsmehrheit ihr Einfluß in Wien beruhe. Um diesen zu stärken, haben sie sich eine Zuschrift des Landmannministers Pientak an eine Wählerversammlung nach Lemberg verschrieben, worin dann merkwürdigerweise dieses Mitglied des Kabinetts Körber die ganze unglückselige Politik des Klubs von Wadeni bis Clary in das glänzendste Licht zu stellen bemüht war und im klaren Widerspruch zu dem vom Ministerpräsidenten verkündeten Programm, alle arbeitswilligen Parteien als seine Partei betrachten zu wollen, die Wiederherstellung der autonomistischen Rechten im Gegensatz zum verfassungstreuen deutschen Zentralismus empfahl. Über das Vorgehn der galizischen Behörden gegen die oppositionellen Parteien laufen auch schon die alten Klagen ein, obwohl Statthalter Pininski strengste Unparteilichkeit zugesagt hatte. Die Sprengung der polnischen Volkspartei in einen unabhängigen und einen sich dem Polenklub anschließenden Flügel ist auch schon glücklich gelungen. Ähnlich sind auch die Ruthenen gespalten. Die stärkste Verfolgung richtet sich gegen die Sozialdemokraten, die unter allen möglichen Vorwänden gerade während der Wahlzeit ins Gefängnis gesteckt werden. Das Einschreiten des Justizministers gegen die willkürliche Änderung einer über den frühern Abgeordneten Daszynski verhängten Geldstrafe in Gefängnis ist von konservativen polnischen Blättern sofort als konstitutionelles Vergehn, als Einschränkung der richterlichen Unabhängigkeit angegriffen worden. Die in Galizien in der fünften Kurie und in den Landgemeinden sowie in den Städten vollzogenen Wahlen haben denn auch ein der Regierung sehr willkommenes Ergebnis gehabt. Die sehr lebhaften Befürchtungen der herrschenden Adelsklasse, daß der Polenklub starke Verluste erleiden werde, haben sich nicht verwirklicht. Trotz der Versprechungen, die Ministerpräsident Körber den aus Galizien an ihn entsandten Deputationen wegen der Nichtzulassung der landesüblichen Gewaltthätigkeit der Behörden gemacht hat, sind die polnischen Beamten an gewissen Orten in geradezu haarsträubender Weise gegen oppositionelle Wähler und Kandidaten vorgegangen.

Und so sind die von den adlichen Machthabern am meisten gefürchteten Bewerber von der polnischen Volkspartei, insbesondere ihre Führer, in mehreren Bezirken unterlegen, und auch der Führer der Stojalowskigruppe ist vorläufig ohne Mandat geblieben. Ob aber die Stärkung des Polenklubs wirklich die gehoffte Folge haben wird, daß er einen festen Damm gegen drohende Obstruktionsversuche der Tschechen bilden werde, erscheint bei der bekannten Unzuverlässigkeit der polnischen Politiker doch recht zweifelhaft.

Ein bemerkenswertes Ergebnis der Wahlbewegung in der Bukowina ist der Entschluß der Rumänen, sich nicht der slawisch-kerikalischen Rechten, sondern der deutschen Gemeinbürgerschaft anzuschließen. In diesem Kronlande haben die schon vollzognen Wahlen eine kleine Parteiverschiebung zwischen Jung ruthenen und Altruthenen, Jung rumänen und Altrumänen zur Folge gehabt.

Eine in politischer Beziehung nicht unwichtige Änderung der Parteiverhältnisse drohte sich auch in Krain zu vollziehen, wo nur die wenigen Mandate des Grundbesitzes in deutschen verfassungstreuen Händen sind, während sich die slowenischen Wählerschaften der Städte und der Landgemeinden als Kerikale und Liberale grimmig bekämpfen. Es gelang den Kerikalischen, ihren Besitzstand zu behaupten. Auch in Dalmatien hat sich keine Änderung der dortigen Mandatsverteilung ergeben.

Welche Absichten dem Kabinett Körber bei der Anberaumung der Wahltermine vorgeschwebt haben, ist nicht deutlich erkennbar. Daß die Einberufung aller Landtage beschlossen worden ist, die für das laufende Jahr noch keinen genehmigten Voranschlag haben und für die Einhebung der Landessteuern des nächsten Jahres ganz oder teilweise Vorfrage treffen müssen, dürfte die mit dem Wahlkampfe verknüpfte Aufregung in manchen Kronländern noch steigern. Das gilt insbesondere für Böhmen und unerwarteterweise plötzlich auch für Tirol, da die Italiener nach langem Fernbleiben wieder im Innsbrucker Landtag zu erscheinen beschlossen haben, um dort Obstruktion zu machen, bis auf ihre von Dr. Körber vielleicht sehr zur Unzeit und zu schroff zurückgewiesenen Forderungen wegen der Sonderstellung Südtirols eingegangen wird. Durch das Entgegenkommen von deutscher, sowohl liberaler wie kerikalischer Seite in Bezug auf grundsätzliche Anerkennung ihrer Selbstverwaltungsbestrebungen haben sie sich jedoch sehr bald zum Einlenken bestimmen lassen, und auch der Statthalter wirkte in demselben Sinne befänstigend auf die heißblütigen, aber klugen Italiener ein.

Der tschechische Ingrim, der sich in staatsrechtlichen Deklamationen über die ebdliche Erklärung des Thronfolgers bei seiner morgantischen Vermählung Luft machen wollte, ist durch den unerwarteten Beschluß des dalmatinischen Landtags, eine zur Aufbesserung der Finanzen der einzelnen Königreiche und Länder bestimmte Steuervorlage zu genehmigen, zum Teil auf die slawischen Blutsverwandten abgelenkt worden. Die mit den Erfolgen der jungtschechischen Politik unzufriednen Radikalen, Agrarier und nationalen Arbeiter sind in einem Aufruf der Parteileitung beschworen worden, die bevorstehende Wahl nicht als Parteisache, sondern als Sache der ganzen Nation zu betrachten, um sich so der unerträglichen deutschen Vorherrschaft zu erwehren, und auf den Ruinen der Verfassung das böhmische Staatsrecht zum Siege zu führen.

Die vom Standpunkte der Deutschen wichtigsten Wahltermine in Böhmen und in den übrigen deutschen Erbländern fallen erst in die nächsten Wochen.

